

Rede

des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft,
Professor Dr. Peter Strohschneider,
anlässlich des Neujahrsempfangs der DFG
Berlin, 13. Januar 2015

- Es gilt das gesprochene Wort! -

[Vorbemerkung: Der für 18 Uhr geplante Beginn des Neujahrsempfangs verschob sich aus aktuellem politischem Anlass um eine Stunde. DFG-Präsident Professor Dr. Peter Strohschneider begrüßte zur Erläuterung die Gäste mit folgenden Worten:

Meine Damen und Herren,

für gewöhnlich eröffnet der Präsident den Neujahrsempfang der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit seiner Rede. In diesem Jahr ist alles ein bisschen anders – geschuldet vor allem den aktuellen politischen Entwicklungen, die uns alle seit den Anschlägen von Paris am vergangenen Mittwoch beschäftigen.

Wie Sie vielleicht wissen, findet genau jetzt die Mahnwache der muslimischen Verbände am Brandenburger Tor für Toleranz und Religionsfreiheit statt, an der auch Bundespräsident Joachim Gauck, Kanzlerin Angela Merkel, viele Kabinettsmitglieder und Mitglieder des Bundestages teilnehmen.

Mit ihr soll ein Zeichen für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland und für Meinungs- und Religionsfreiheit gesetzt werden.

Nicht nur diese, alle Grundrechte unserer Verfassung, wie wir sie heute haben, sind Errungenschaften einer gelebten Demokratie, die es immer wieder hochzuhalten gilt.

Hiervon ist auch die Wissenschaft nicht ausgenommen. Freie Wissenschaft und Forschung sind nur in freien Gesellschaften möglich. Das verfassungsmäßige Privileg der Wissenschaftsfreiheit ist keine Selbstverständlichkeit und muss – wie die Meinungs- und Religionsfreiheit – immer wieder verteidigt, ja neu errungen, werden.

Nun, ich möchte aber meine eigentliche Rede nicht vorwegnehmen. Als Zeichen unserer Solidarität möchte ich den Beginn meiner Rede erst für 19.00 Uhr ankündigen. Als guter Gastgeber hoffe ich damit zugleich auf Ihr Verständnis und dass wir die Möglichkeiten zu den vielen Gesprächen, die dieser Abend bietet, bereits jetzt nutzen.

[Wortlaut der Präsidentenrede]

Meine Damen und Herren,

„Die Wissenschaft“, um einmal mit einem Zitat zu beginnen, „steht bei uns in hohem Ansehen, und mit Recht; aber wenn es auch sicher ein Menschenleben ganz ausfüllt, wenn man sich der Erforschung der Nierentätigkeit widmet, so gibt es doch Augenblicke dabei, wo man sich veranlaßt sieht, humanistische Augenblicke will dies sagen, an den Zusammenhang der Nieren mit dem Volksganzen zu erinnern. Darum wird in Deutschland so viel Goethe zitiert.“¹

Aber warum eigentlich? Welches Problem versprechen Goethe-Zitate zu lösen? Nun: doch offenkundig die Spannung zwischen der hingebungsvollen Erforschung der Niere und dem „Volksganzen“, die Spannung also, die zwischen nephrologischer Spezialisierung und gesellschaftlichem Allgemeinem besteht. Und der Verweis auf den Weimarer Olympier (der ja auch in Neujahrsansprachen ein beliebter Topos ist) scheint diese Spannung erträglich machen zu können. Klassisch ist, was die Widersprüche der Moderne versöhnt.

So Robert Musil, den ich hier zitierte, in seinem Roman *Der Mann ohne Eigenschaften*: einem epochalen Text der literarischen Moderne, den man unter anderem auch als Roman über moderne Wissenschaft lesen kann. Und der selbstverständlich die humanistische Versöhnungshoffnung karikiert: Der Zusammenhang von Nephrologie und „Volksganzen“, die Spannungen zwischen wissenschaftlicher Spezialisierung und übergreifenden Wissenschaftsfunktionen, zwischen der intrinsischen Dynamik individueller Erkenntnissuche einerseits, die „sicher ein Menschenleben ganz ausfüllt“, und andererseits der gesellschaftlichen Bedeutung von Forschung – diese Spannung lässt sich in Wissenschaftsgesellschaften nicht auflösen, sie ist für moderne Forschung vielmehr geradezu konstitutiv. Und sie kann daher – weswegen ich im Weiteren auf Goethe vollständig zu verzichten verspreche – auch durch Klassikerzitate nicht wirklich entschärft werden. Im Gegenteil: Produktivität und Bedeutsamkeit moderner Forschung hängen geradezu an dieser Spannungsbalance zwischen dem Eigensinn wissenschaftlicher Neugier und den legitimen Funktionserwartungen der Gesellschaft. Gängige Formeln hierfür lauten etwa „Autonomie“ und „Nutzen“ der Forschung. Doch suggerieren sie fälschlicherweise, es handele sich um Gegensätze – wie wenn der Nutzen von Forschung im Maße ihrer Autonomie zu sinken drohe. Tatsächlich aber liegt ein Bedingungsgefüge vor: Freiräume für die intrinsische Dynamik wissenschaftlicher Erkenntnispro-

¹ Robert Musil, *Der Mann ohne Eigenschaften*. Roman. Hrsg. von Adolf Frisé (Gesammelte Werke 1) Reinbek bei Hamburg 1978, S. 191.

zesse sind unabdingbar für die Fähigkeit der Forschung, auf gesellschaftliche Fragen neue Antworten geben zu können. Wie die Dimensionen dieses Bedingungsgefüges sich institutionell und finanziell ausbalancieren lassen, dies scheint mir daher die systematische Grundfrage von Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverwaltung zu sein.

Festliche Gelegenheiten, verehrte Gäste, schaffen einen Raum, diese und ähnliche Fragen in einer Weise ins Gespräch zu bringen, die von den Entscheidungszwängen des politischen und administrativen Alltagshandelns entlastet ist. Es ist daher eine Ehre für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und eine Freude nicht nur für ihren Vorstand, dass Sie der Einladung zu unserem Neujahrsempfang gefolgt sind –

sehr geehrte Damen und Herren Minister, Senatoren, Staatssekretäre,
verehrte Parlamentarier,
Exzellenzen und geschätzte Mitglieder des diplomatischen Corps,
Präsidenten und Magnifizenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren.

Ich hoffe, dass Sie das neue Jahr mit hoffnungsfrohen, über den Tag hinausreichenden Perspektiven haben beginnen können. Und ich fände es schön, wenn unser Neujahrsempfang einen Rahmen böte, solche Perspektiven auszutauschen und gesprächsweise weiter zu verfolgen.

As every year, let me also extend a very warm welcome at this point to all our guests from abroad! It is a pleasure for us to have you here tonight, and I wish you all the best for the coming year! For the DFG, your presence here has a special significance: it reflects the truly international nature of academic research and it encourages us to carry on with promoting international cooperation. So let us use this evening to exchange new ideas, but let us also celebrate what we have achieved in the last years.

Meine Damen und Herren,
der „Zusammenhang der Nieren mit dem Volksganzen“ ist alles andere als trivial. Höchst komplex sind vielmehr die Verschränkungen zwischen den Eigendynamiken eines intern extrem ausdifferenzierten Wissenschaftssystems auf der einen Seite und andererseits seinen vielfältigen direkten wie indirekten Fremdbezügen auf die Gesellschaft in allen ihren Ebenen, auf Wirtschaft, Politik, Justiz oder Militär, auf Gesundheits- und Erziehungssystem, auf Religion, Kultur und Kunst. Und die Sachangemessenheit und Qualität der Politik und

Administration von Wissenschaft hängt maßgeblich davon ab, dass es gelingt, eine Auflösung dieser Verschränkungen nach der einen oder anderen Seite hin zu vermeiden; dass es also gelingt, diese Verschränkungen in ihrer Komplexität auch im Politik- und Administrationsalltag zur Geltung zu bringen.

Allein um den Preis ihrer Zukunftsperspektiven – das ist meine feste Überzeugung – könnten moderne Wissenschaftsgesellschaften also auf diese ganz spezifische Errungenschaft der Moderne verzichten: Sie besteht darin, der Wissenschaft stets auch Freiheit *von* den Zwängen direkter außerwissenschaftlicher Zwecksetzungen zuzugestehen eben zu dem Zweck einer Freisetzung *für* vielfältige andere gesellschaftliche Funktionen – jene eingeschlossen, welche die Gesellschaft gar nicht hätte antizipieren können. In diesem Sinne ist Freiheit der Wissenschaft in verschiedener Hinsicht konstitutiv.

Auch sie gehört zu jenen Prinzipien freiheitlich-demokratischer Gesellschaften, die von den Terrorattacken seit dem 7. Januar in Paris angegriffen worden sind: Menschenwürde, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit. Wir haben deswegen Anteil genommen an der Mahnwache der muslimischen Verbände am Brandenburger Tor für Toleranz und Religionsfreiheit und wir fühlen uns solidarisch mit allen, die für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft in Deutschland und Europa streiten. Wir sind erschüttert. Und es fällt nicht leicht, angesichts dieser Angriffe auf die Prinzipien unseres Zusammenlebens zum wissenschaftspolitischen Diskurs zurückzukehren. Lassen Sie es mich dennoch versuchen:

Ich hatte gesagt, Freiheit der Wissenschaft sei ein Verfassungsprinzip. Sie stellt eine funktionale Notwendigkeit dar, ohne welche es gesellschaftlich bedeutsame moderne Forschung (in einem auch nur leidlich anspruchsvollen Sinne) gar nicht geben könnte. Und ich betone dies, weil zwar das Prinzip der Forschungsfreiheit, jedenfalls in unserer Gesellschaft, ganz unbestritten ist, weil aber doch seine praktische Geltung unentwegt neu erstritten werden muss. Und weil Anlass zur Sorge besteht, dass gerade in dem Maße, in dem Forschung gesellschaftlich immer wichtiger wird, die Einsicht in die eben deswegen gegebene Notwendigkeit entsprechender Freiräume schwindet.

Robert Musils Frage, wie sich Nephrologie und „Volksganzes“ zueinander verhalten, an die er die satirische Feststellung anschließt, eine Antwort lasse sich mit Goethe-Zitaten geben, diese Frage nach dem Bedingungsgefüge von Forschungsautonomie und Forschungsnutzen ist also nicht allein, wie gesagt, systematisch zentral. Sie ist zugleich von enormer Aktualität. Und sie lässt sich bis auf die Ebene der rechtlichen Kompetenzen, der Finanzierungsstrukturen und der finanziellen Möglichkeiten in unserem föderalen Wissenschaftssystem verfolgen.

Die Beschlüsse zunächst der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vom 30. Oktober vergangenen Jahres und sodann der Regierungschefs kurz vor Weihnachten gehören in diesen Zusammenhang. Zwar haben sie noch nicht, wie es mittelfristig erforderlich sein dürfte, die großen Bund-Länder-Pakte zu einer „Rahmenvereinbarung föderale Wissenschaftsfinanzierung“ zusammengeführt. Gleichwohl stellen der Grundsatzbeschluss zur Weiterentwicklung der *Exzellenzinitiative* als eines Instruments auch zur besonderen wettbewerblichen Förderung der universitären Spitzenforschung sowie die Weiterführung des *Paktes für Forschung und Innovation* und des *Hochschulpaktes* (samt erhöhter Programmpauschale für DFG-Drittmittel) einen bemerkenswerten Erfolg der Wissenschaftspolitik dar. Die Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland haben ihn mit großer Erleichterung sehr begrüßt. Nimmt man hinzu, dass der Bund das BAföG sowie die Mittelaufwüchse im „Forschungspakt“ hinfort alleine trägt und dass das Grundgesetz beim sogenannten Kooperationsverbot korrigiert werden konnte, so sieht man, in welchem Maße sich die Rahmenbedingungen von Forschung und Lehre in der Bundesrepublik positiv entwickelt haben.

„Die Wissenschaft steht bei uns in hohem Ansehen, und mit Recht.“ Die Politik begegnet ihr, wie man sieht, mit institutionellem Vertrauen. Die Organisationen und Einrichtungen besitzen aufs Ganze gesehen jene Planungsperspektiven, die sie benötigen, um Leistungshöhe und Leistungskraft von Forschung und Lehre weiterzuentwickeln auch in einem internationalen Kontext, der immer vielfältiger und zudem immer polyzentrischer wird.

Umso wichtiger ist es nun aber, bei der Ausgestaltung dieser verbesserten Rahmenbedingungen auch jene Problemfelder tatkräftig und zügig anzugehen, welche die Wissenschaft in Deutschland gleichwohl schwächen. Und dies in der Weise, ich wiederhole mich, dass dabei nicht zugunsten kurzfristiger Nutzenkalküle jene Wirkungskräfte von akademischer Forschung und Lehre beschnitten werden, die sich erst in weiteren Zeithorizonten, oft auch eher indirekt entfalten und um derentwillen unsere Verfassung eigentlich die Freiheit der Wissenschaft garantiert. Aus Sicht der DFG liegen die vordringlichsten dieser Problemfelder beim akademischen Nachwuchs und bei den Universitäten, ohne die es akademischen Nachwuchs gar nicht geben kann.

Die Leistungskraft der Forschung beruht (ebenso wie die akademische Lehre) in enormen Umfang auf jenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich am Anfang ihrer Karriere befinden und für die sich das unschöne, in manchen Ohren gar verächtlich klingende Wort „Nachwuchs“ eingebürgert hat. Ohne deren Einsatz wäre übrigens auch jene Veränderungsdynamik ganz unvorstellbar, die das Wissenschaftssystem in den zurückliegenden zehn Jahren – Stichwort: *Exzellenzinitiative* – geprägt und leistungsfähiger gemacht hat.

Es muss uns jedoch allen sehr zu denken geben, dass in eben diesem Jahrzehnt, in dem die Wissenschaft in bis dato ungekanntem Maße politische Aufmerksamkeit und zusätzliche Finanzierung genoss, die Lage der jungen promovierenden und promovierten Forscherinnen und Forscher keineswegs besser, ja aufs Ganze gesehen eher schlechter geworden ist. Das Schlagwort von der „Prekarisierung des akademischen Mittelbaus“ ist grell, aber nicht völlig falsch. Allerdings lenkt es die Aufmerksamkeit auf die sozialpolitische Dimension des Problems. Zu ihr tritt indes die andere Seite hinzu, dass es hierbei um die allererste Frage des Wissenschaftssystems überhaupt geht – diejenige der Selbsterhaltung seiner Leistungs- und also seiner Zukunftsfähigkeit. Wenn nämlich Arbeitsbedingungen und Vertragsverhältnisse im öffentlichen Sektor mit denjenigen in der Privatwirtschaft immer weniger konkurrenzfähig sind, dann schadet das dieser Leistungsfähigkeit. Dann wird es immer schwieriger, die besonders klugen, die besonders risikobereiten, die besonders originellen jungen Forschenden für die öffentlich finanzierte Forschung zu gewinnen.

Was angesichts dessen zu tun ist, darüber besteht ja eigentlich Konsens. Es braucht mehr dritte Wege zwischen dem *Aufstieg* auf eine Professur und dem kompletten *Ausstieg* aus dem Wissenschaftssystem – also kalkulierbarere Perspektiven für die Wissenschaft als Beruf, differenziertere Personalstrukturen, Dauerstellen für Daueraufgaben und auch mehr Professuren. All dies kann übrigens nicht durch arbeitsrechtliche Regulierungen ersetzt werden. Und es gehört auch nicht in die Zuständigkeit der Förderorganisationen. Wohl aber macht die DFG den Vorschlag, hier mit den Mitteln der Projektfinanzierung unterstützend einzugreifen, indem die erste Förderlinie der *Exzellenzinitiative* zu einem „Nachwuchspaket“ weiterentwickelt wird. Dieses „Nachwuchspaket“ würde eine Ausweitung der strukturierten Nachwuchsförderung verbinden mit einer Stärkung der Forschungsorientierung in Graduiertenkollegs (die Promotion ist ja nicht ein dritter Studienzyklus, sondern der Beginn wissenschaftlicher Berufstätigkeit) sowie mit erweiterten Fördermöglichkeiten für promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die erforderlichen Strukturverbesserungen für junge Forschende, für welche ja die Länder die Hauptverantwortung tragen, kann ein solches „Nachwuchspaket“ nicht ersetzen, doch würde es geeignet sein, den entsprechenden Reformprozess zu erleichtern und zu beschleunigen und so den Problemdruck bei dieser entscheidenden Zukunftsfrage des Wissenschaftssystems zu mindern.

Als ein zweites Problemfeld, dem bei der Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems besondere Aufmerksamkeit gelten muss, nannte ich zuvor die Hochschulen, und ich meinte damit zumal die strukturelle Position der Universitäten im Wissenschaftssystem. Sie ist durch die *Exzellenzinitiative* in eindrucksvoller Weise gestärkt worden. Kritische Selbstbeobachtung und Strategiefähigkeit der Universitäten haben – bis zu einem gewissen Grad sogar unab-

hängig von der finanziellen Förderung selbst – tatsächlich ein neues Niveau erreicht. Mit den Exzellenzclustern sind faszinierende Verdichtungsräume der Spitzenforschung entstanden, Zentren zugleich einer intensivierten Zusammenarbeit hinweg über institutionelle Grenzen nicht allein zur außeruniversitären Forschung, sondern auch zu Fachhochschulen, zu Museen und Akademien oder zur forschenden Wirtschaft.

Diese Prozesse der wissenschaftlichen Schwerpunktbildung, der Herausbildung regionaler Verdichtungen von Forschung sind längst nicht abgeschlossen (und sie könnten dies auch lediglich sein um den Preis der Offenheit und Dynamik wissenschaftlicher Forschung). Sie gehen weiter und sie werden umso erfolgreicher sein können, je mehr auch bei der Beförderung dieser Prozesse die rechte Balance gefunden wird zwischen den direkten Funktionserwartungen von Gesellschaft, Politik oder Wirtschaft im Bereich der programmorientierten Forschung und jenen gesellschaftlichen Funktionen der Forschung, welche Freiräume für die Entfaltung intrinsischer wissenschaftlicher Neugier voraussetzen.

Die DFG hat deswegen ein Konzept formuliert, wie eben in diesem Sinne die Funktionen der zweiten Förderlinie der *Exzellenzinitiative* künftig weiterentwickelt werden könnten. Es geht um ein Förderangebot für Maßnahmen, vermittels derer eine Universität sich auf den Weg macht zum Gravitationszentrum eines lokalen oder regionalen Forschungsraums mit internationaler Strahlkraft. Dazu muss die Initiativ- und Kooperationsfähigkeit von Universitäten strukturell und finanziell weiter verbessert werden; das erfordert womöglich längere Förderzeiträume, als sie bisher in der Projektfinanzierung üblich sind; und das verlangt nicht zuletzt nach Überwindung jener etwas künstlichen Trennung von Forschung und forschungsbezogener Lehre, zu der man in der *Exzellenzinitiative* bisher aus verfassungsrechtlichen Gründen gezwungen war.

Wir sprechen von einem Förderinstrument – nennen wir es einstweilen *Exzellenzzentrum* –, das genau in jener Perspektive liegt, in welcher die *Exzellenzinitiative* auch bisher schon angelegt gewesen war. Es ging ja nicht um die Finanzierung von jederlei Forschung, sondern von Anfang an und – im Sinne der Steigerung der Leistungsfähigkeit des gesamten Wissenschaftssystems – über alle Erwartung hinaus erfolgreich eben um die Förderung speziell der Spitzenforschung an Universitäten; anders wäre ja das wissenschaftsgeleitete Procedere der *Exzellenzinitiative* gar nicht begründet.

Vielleicht sehen Sie mir nach, wenn ich hinzufüge: Die neue Bund-Länder-Initiative, so verstanden, erfordert, wie bisher auch, eine Wettbewerbsordnung, die höchsten wissenschaftlichen Verfahrensstandards genügt. Und dafür ist im deutschen Wissenschaftssystem die

DFG der gegebene Ort, weil sie wie keine andere Organisation die wissenschaftliche Dignität von Förderentscheidungen mit deren politischer Legitimität verknüpft. Ohne das Vertrauen der Politik in Bund und Ländern und ohne die Akzeptanz der Wissenschaft wie des Hochschulmanagements wäre jedwede Art der Weiterentwicklung der *Exzellenzinitiative* von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Wir sollten sie aber weiterentwickeln. Und das wird mit mancherlei Anpassungen der Förderinstrumente und -verfahren einhergehen. Nicht aber sollten wir dabei jenes spezifische Ziel aufgeben oder aufweichen, dass es bei der *Exzellenzinitiative* insbesondere um die erkenntnisgeleitete Spitzenforschung an Universitäten geht. Keineswegs zuletzt auf diesem wohlbe-gründeten und klar definierten Ziel beruht nämlich die erstaunliche Wirksamkeit des Wettbe-werbs. Und zu dieser Wirksamkeit gehört auch, dass er ein entscheidender Beitrag dazu ist, im Interesse eines gesellschaftlich höchst leistungsfähigen Wissenschaftssystems die extrin-sischen Ansprüche an die Forschung und die intrinsischen Dynamiken wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse ausgeglichen zu halten. Solange indes die Spannung zwischen der spe-zialisierten Nierenforschung und dem gesellschaftlichen Ganzen, von welcher Robert Musil ironisch sprach, institutionell ausbalanciert ist, solange brauchen wir sie auch nicht in huma-nistische Klassikerzitate zu verpacken.

Ich wünsche Ihnen anregende Gespräche, ein produktives, erfolgreiches und glückliches neues Jahr und danke für Ihre Aufmerksamkeit.